Das Schöffengericht Bremen verhandelte am 23. November 1954. Die beiden einzigen Zeugen — der Ehemann und die Sekretärin — beschworen: „Die Tonbänder sind weder ergänzt noch künstlich erzeugt."

Anwalt Dr. jur. Röhricht, Verteidiger der angeklagten Ehefrau, protestierte: „Ein Tonband als Beweismittel ist unzulässig; die Strafprozeßordnung sieht das nicht vor. Ich bin zwar nicht generell gegen ein Tonband-Beweisverfahren, aber wenn das Band, wie in diesem Falle, unter Verletzung des Artikels 1, Absatz 1 des Grundgesetzes* als Beweismittel anerkannt wird, kann das böse Folgen haben. Wer weiß, was uns die moderne Technik auf diesem Gebiet eines Tages noch beschert. Niemand ist dann mehr in seinen eigenen vier Wänden vor möglichen Fernbeobachtern oder Mithörern sicher."

Der Anwalt ging noch einen Schritt weiter: Selbst dann, wenn die Tonbandaufnahme die Angeklagten überführen würde, müsse das Gericht das Grundgesetz respektieren. Da die Verletzung der Menschenwürde auf dem Spiel stehe, habe der Richter die Pflicht, die „Wahrheitsfindung um jeden Preis" zu verhindern.

Anders Staatsanwalt Rohde: „Die Tonbänder sind ja kein Hauptbeweismittel, sondern lediglich Hilfsmittel, die meines Erachtens als Bekräftigung der Zeugenaussagen verwertet werden dürfen. Über die Glaubwürdigkeit der Zeugen zu entscheiden, ist Aufgabe des Gerichts. Nur wenn ein heimlich von der Kripo oder Polizei eingesetztes Tonband benutzt wird, zieht das eine Revision des Urteils nach sich. sofern sich das Urteil auf dieses Beweismittel stützte." Und: „Ich stelle dem Gericht die Verwendung des Tonbandes als Beweismittel anheim."

Das Bremer Schöffengericht — Vorsitz Amtsgerichtsrat Wiesenberg — beschloß: „Zugelassen nach Paragraph 136a der Strafprozeßordnung, in Verbindung mit den Zeugenaussagen." Vom Grundgesetz war nicht die Rede.

Danach machte sich der Betriebsingenieur von Radio Bremen als Sachverständiger an die Arbeit: Lautsprecher, Magnetophongerät und Kopfhörer wurden in Stellung gebracht, Richter und Staatsanwalt preßten die Muscheln an die Ohren. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen.

Aus 24 Tonbändern hatte sich der Betriebsingenieur die nach seiner Ansicht „akustisch brauchbarsten" Stellen herausgeschnitten und aneinandergereiht. Ein Laie konnte mit den Gesprächsfetzen und Geräuschen kaum etwas anfangen, aber dem vielseitig erfahrenen Toningenieur, der den Bandaufnahmen mit Spezialgeräten zu Leibe gerückt war, genügte das, was zu hören war, um das Sachverständigen-Gutachten abzugeben: eindeutig Ehebruch.

Amtsgerichtsrat Wiesenberg: „Na, so doll ist das ja nicht, aber man hörte doch deutlich das Stöhnen einer Frauenstimme." Staatsanwalt Rohde hielt sich an das, was er selber aus den Aufnahmen herausgehört hatte: „Es bleibt nur die Vermutung, daß es sich um sexuelle Dinge handelt, der Beweis eines Ehebruchs ist nicht gegeben." Das Gutachten des Ton-Sachverständigen ließ er außer acht. Sein Antrag: Freispruch.

Das Gericht jedoch folgte dem Gutachten des Sachverständigen, der seine Hand dafür ins Feuer legen will, daß die Aufnahmen „durchweg echt" sind („Einen falschen Ton hätte ich sofort entdeckt"): Drei Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist und 150 Mark Geldbuße für den Bekannten der Ehefrau wegen falscher uneidlicher Aussage und 150 Mark Geldbuße für die Ehefrau wegen versuchten Prozeßbetruges.

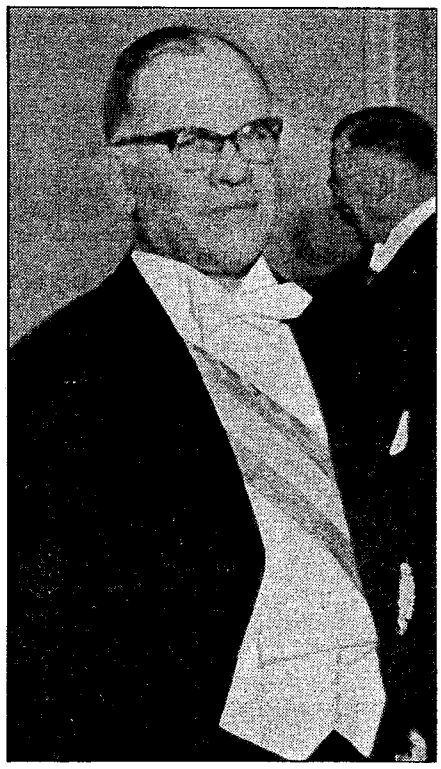
Das „letzte Wort" des Angeklagten: „Das ist nicht meine Stimme, ich habe niemals Ehebruch begangen. die Tonbänder müssen verfälscht worden sein", hatte das Gericht als unglaubwürdig zurückgewiesen.

Amtsgerichtsrat Wiesenberg begründete das Urteil: Diese Art der Wahrheitsermittlung verstoße nicht gegen die Strafprozeßordnung. Zwar sei das Tonband besonders in diesem Falle ein bedauerliches Beweismittel und die Art der Beschaffung moralisch höchst minderwertig. („Dieser Prozeß ist, Gott sei Dank, einmalig in bezug auf seine Beweisführung.")

Andererseits aber sei das Tonband nun einmal da. Und im Zusammenhang mit den Zeugenaussagen könne sich das Gericht den Tatsachen, die durch das Tonband erhellt worden seien, nicht verschließen. „Ohne Tonband hätte diese Feststellung nie getroffen werden können. Die ehewidrigen Beziehungen der beiden Angeklagten sind erwiesen, ein erheblicher Verdacht des Ehebruchs bleibt bestehen."

Auf die Frage jedoch, ob die Anerkennung eines Tonbandes als Beweismittel verfassungswidrig sei, gab Amtsrichter Wiesenberg, wenigstens in der mündlichen Urteilsbegründung, keine Antwort.

* Artikel 1, Absatz 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."



Bundestagspräsident **Gerstenmaier**
Die Fraktion hat entschieden

Brigitte Gerstenmaier, geb. von Schmidt
Kofferpacken in Stuttgart

GERSTENMAIER

Der Traum ist aus

(s. Titel)

Es war Sonntag, der 14. November. Am antiken Schreibtisch in seiner Wohnung in der Stuttgarter Humboldtstraße 20 saß der Oberkonsistorialrat D. Dr. Karl Albrecht Eugen Gerstenmaier, 48, und brütete über dem Entwurf einer Rede, die er am Dienstag würde halten müssen, der Antrittsrede als Präsident des Bundestags. Da klingelte, mitten in Eugen Gerstenmaiers Arbeit hinein, das Telephon.

Ein Journalist wollte wissen, was er, Gerstenmaier, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, von der soeben veröffentlichten Sowjetnote halte, mit der Molotow zu seiner gesamteuropäischen Konferenz über die kollektive Sicherheit einlud. Gerstenmaier wußte von nichts. Sofort rief er in Bonn im Palais Schaumburg an, ließ sich mit Außenminister und Kanzler Konrad Adenauer verbinden und von ihm über den Inhalt der Sowjetvorschläge informieren.

Als Eugen Gerstenmaier bis zu Ende zugehört hatte, erschien ihm plötzlich seine Arbeit an der feierlichen Antrittsrede nutzlos. In der Welt schienen die Dinge in Fluß zu geraten, und er, Eugen Gerstenmaier, fühlt sich nun einmal als passionierter Außenpolitiker. Kaum gedacht, sagte er es impulsiv auch schon seinem Kanzler: Ihn, Gerstenmaier, dünke diese Sowjetnote durchaus nicht völlig bedeutungslos. Jetzt sei es an der Zeit, Pläne für eine aktive Wiedervereinigungspolitik zu entwerfen.

Der Kanzler bog das interessante Gespräch ab. Bei allem Verständnis — Gerstenmaier solle sich solche Schritte wohl überlegen. Wenn er etwa darauf verzichte, sich zur Wahl als Bundestagspräsident zu stellen und weiter seinen außenpolitischen Neigungen nachgehe, mache er der Partei und der Regierung die größten Schwierigkeiten.

Vierundzwanzig Stunden später wählte die gesamte CDU-Fraktion mit knapper Mehrheit den schwäbischen Oberkonsistorialrat als Präsidentschaftskandidaten. Und Eugen Gerstenmaier sprach die mißverständlichen Worte: „Die Fraktion hat entschieden. Ich gehorche."

Heute erläutert er: „Mein ‚Gehorchen' trug eine theologische Klangfarbe, die vor dem nüchternen Kollegium der Fraktion sicher nicht ganz am Platze war."

Nun waren es ursprünglich nicht einmal die Fraktionskollegen, die entschieden hatten, Gerstenmaier solle nicht Außenpolitiker, sondern Bundestagspräsident

Knabe Gerstenmaier
Schultheißen-Sohn von Kirchheim/Teck

werden. Schon auf der Rückfahrt von der Oldenburger Trauerfeier für Hermann Ehlers wurde im Sonderzug des Kanzlers zwischen Oldenburg und Bonn die erste Vorentscheidung gefällt.

Konrad Adenauer, sein Vertrauter Robert Pferdmenges, die Fraktions-Manager der Union, Heinrich von Brentano und Heinrich Krone, und der CDU-Abgeordnete und Oberkirchenrat Adolf Cillien entschieden sich mehr oder weniger fest für Gerstenmaier, weil er als Kanzler-Jünger und enragierter Protestant die Partei- und Gesangbuchvoraussetzungen für den Präsidentenposten erfüllte.

Gerstenmaier fuhr mit im Kanzler-Expreß. Als er von diesem Plan für seine Zukunft hörte, stieg er aus und telephonierte zunächst einmal D. Dr. Otto Dibelius an, den Bischof von Berlin und Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gerstenmaier machte kein Hehl daraus, daß er wenig Lust auf dieses repräsentative Amt verspüre. Aber der Bischof bat ihn anzunehmen. Gerstenmaier wählte zwei Tage Bedenkzeit.

Die evangelische Kirche hat, unbemerkt von der Öffentlichkeit, teilweise versucht, Gerstenmaiers Kandidatur in Frage zu stellen. Eine Woche vor der Präsidentenwahl trat dreißig Kilometer südlich Bonn in Remagen der publizistische Arbeitskreis des Deutschen Evangelischen Kirchentages zusammen und sprach sich unter Führung des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Reinold von Thadden-Trieglaff, ausdrücklich gegen Gerstenmaier aus. Eugen Gerstenmaier: „Thadden-Trieglaff ist das, was man einen ‚lieben Menschen' nennt."

Ursprung dieses Zwistes war eine umstrittene Rede, die Gerstenmaier nach eben beendeter Straßburg-Tagung des Europa-Rates im Herbst 1950 auf dem Essener Kirchentag gehalten hatte. Ursprünglich hatte er vor den Gläubigen über das Thema „Menschenfurcht und Gottesfurcht" sprechen sollen.

Wenige Tage vor dem Kirchentag teilte er aus Straßburg mit, er würde lieber über den Europa-Gedanken reden. Nach einigem Hin und Her mit dem Kirchentagspräsidium durfte Gerstenmaier dann tatsächlich über das selbstgewählte Thema sprechen.

Unter dem Eindruck einer überraschenden Remilitarisierungsrede Winston Churchills in Straßburg sprach er vor den Gläubigen zum erstenmal aus, daß man seiner Ansicht nach keine wirksame Sicherheitsgarantie vom Westen erwarten könne, wenn man nicht bereit sei, sich selbst zu verteidigen. Thadden-Trieglaff sorgte dafür, daß diese Rede nicht in den später erscheinenden Sammelband der Kirchentags - Ansprachen aufgenommen wurde.

Seitdem hat der neue Bundestagspräsident im Gegensatz zu seinem verstorbenen Vorgänger nur noch den Stuttgarter Kirchentag 1952 besucht. Den Veranstaltungen in Hamburg (1953) und Leipzig (1954) blieb er fern. Er rechtfertigt das so:

„Ich hatte anderes zu tun. Und außerdem finde ich, daß sich die Kirche, so erfreulich es ist, daß sie nicht mehr im Winkel steht, sorgsam hüten soll, auch nur den Schatten des Verdachtes politischer Zweckmäßigkeit zu erwecken. Begegnungen zwischen Politik und Kirche, wie sie in den von der Kirchenleitung unabhängigen Evangelischen Akademien stattfinden, sind das Äußerste."

Das Bild rundet sich, wenn man erfährt, daß Eugen Gerstenmaier von dem Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Gustav Heinemann, als „verflossenem Freund" und „Neutralisten" spricht, „der die Idee des Nationalstaates wieder zur Geltung bringen will". Mit dem hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller ist er aus politischen Gründen schon seit 1936 verzankt.

Bischof Dibelius indessen telephonierte in den Tagen vor der Wahl Gerstenmaiers zum Bundestagspräsidenten noch ein zweites Mal mit ihm und redete ihm zu, die Kandidatur anzunehmen. Die CDU-Fraktionsführung fand schließlich den rechten Weg, um Gerstenmaiers Bedenken zu zerstreuen. Sie offerierte ihm das Kompromiß, daß er zwar „ablehnen" könne, aber nicht „um jeden Preis". Mit anderen Worten: Wenn es das Wohl der Partei, Westdeutschlands und Westeuropas erfordere, müsse er einfach ja sagen. Und eben das war nach Ansicht der CDU-Führung der Fall. Für so große Dinge war Eugen Gerstenmaier aber immer bereit, in die Bresche zu springen und seinen außenpolitischen Ambitionen zu entsagen. So wurde er denn vom Parlament im dritten Wahlgang zum Präsidenten gewählt (SPIEGEL 48/1954). 204 Bundestagsabgeordnete gaben ihm ihre Stimme. 304 Abgeordnete gaben sie ihm nicht*. Seitdem sitzt Eugen Gerstenmaier im Arbeitszimmer des Bundestagspräsidenten unter einem Bild des Reichskanzlers Otto von Bismarck, das noch aus den Zeiten von Hermann Ehlers dort hängt.

Dem Hermann Ehlers war das Bild während seiner Amtszeit von Schweizer Kunsthändlern zum Kauf angeboten worden. Er mußte zunächst „schweren Herzens" ablehnen, weil „dafür kein Geld" zur Verfügung stand. Erst eine Sammlung unter eidgenössischen Geschäftsleuten, die der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinrich

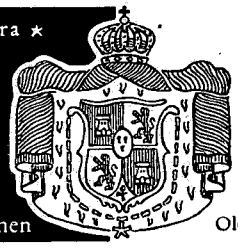
* Von diesen 304 stimmten 190 für Lemmer, und 15 gaben weiße Stimmzettel ab. 99 fehlten bei diesem Wahlgang.

Brautpaar Gerstenmaier (1941)

★ Gonzalez, Byass & Co., Ltd. Jerez de la Frontera ★

Der Kenner bevorzugt die tonangebende Weltmarke

Importeur: Roland Markenwaren-Import GmbH. Bremen



SHERRY ☆ GONZALEZ ☆

Oloroso (mild) · Royal Amontillado (trocken) · Tio Pepe (sehr trocken)

Ritzel mit Hilfe Schweizer Freunde aus seiner Emigrantenzeit organisiert hatte, brachte die nötigen Mittel auf.

Etwas ist dem Fürsten Otto von Bismarck an der Wand und dem Oberkonsistorialrat Eugen Gerstenmaier am Schreibtisch bei allen nicht zu übersehenden Unterschieden gemeinsam: So schwierig es für beide war, ihren Platz in jenem Raum zu erringen, so wenig paßten alle beide eigentlich dorthin.

Denn schließlich hat der erste Kanzler des Reiches seinen Namen nicht gerade als wohlwollender Pate parlamentarischer Institutionen in die deutsche Geschichte geschrieben. Und ebenso gewiß ist dies: Eugen Gerstenmaier, der neue Präsident, ist alles andere als ein gleichbleibend kühler Schiedsrichter über dem Streit der Parteien, den das Amt verlangt. Überdies leidet er an Migräneanfällen, die bis zu drei Tagen dauern und die ihn besonders reizbar machen.

Seine hitzige Geschäftigkeit, seine Überzeugung, widerstehen zu müssen, sein Interesse für die Außenpolitik und eine Schwärmerei für die feine Welt der Diplomaten ziehen sich von frühen Jahren an durch Eugen Gerstenmaiers Leben.

Als Sproß einer alten Schultheißen-Familie von der Rauhen Alb und Ältester von acht Geschwistern besuchte Eugen Gerstenmaier bis zur Mittleren Reife die Realschule seiner Heimatstadt Kirchheim/Teck. Danach arbeitete er zunächst acht Jahre kaufmännisch, vornehmlich in der Textilbranche. Erst 1930 legte er als Vierundzwanzigjähriger im Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart die Reifeprüfung ab, begann 1933 in Tübingen mit dem Studium der Philosophie und wandte sich dann in Rostock unter Professor Brunstäd der Theologie zu.

Er avancierte zum „theologischen Fachschaftsleiter" in der deutschen Studentenschaft, aber alle Bundestagshandbücher verzeichnen schon für 1934 seine Verhaftung — „wegen Anstiftung zum bewaffneten Aufruhr". Eugen Gerstenmaier: „Das war eine der sinnlosen Übertreibungen der NS-Justiz. Es handelte sich um eine allerdings heftige Auseinandersetzung mit dem nationalistischen ‚Tannenberg-Bund' in Rostock, in der ich drohte, diesen Kerlen könne man ja nur noch mit dem Säbel kommen."

In einem Relegationsverfahren der Universität Rostock nach seiner Haftentlassung verteidigte ihn ein junger Ordinarius für Handelsrecht mit Namen Walter Hallstein, heute Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Ihm verdankt Gerstenmaier, daß er damals mit einem Verweis davonkam.

Dennoch sollte die Rostocker Episode seinen künftigen theologischen Werdegang entscheidend beeinflussen. 1936 wurde er von Bischof Wurm als Verbindungsmann zum Berliner Reichskirchenausschuß entsandt. In jenem Jahr veröffentlichte er sein erstes Buch „Kirche, Volk und Staat"* und betrieb anschließend ein Habilitationsverfahren.

Über ein Jahr mühte er sich, die Urkunde über sein abgeschlossenes wissenschaftliches Verfahren als Dr. theol. habil. zu erhalten. Vergeblich. Der Reichsstatthalter von Mecklenburg hatte den Zwischenfall in Rostock nach Berlin gemeldet. Und als schließlich 1937 diese Klippe überwunden war, stand seiner Dozentur plötzlich ein neues Hindernis entgegen.

Um das notwendige Dozenten-Lager und die anschließende Dozenten-Akademie zu durchlaufen, sollte er den Nachweis „nationalpolitischer Betätigung" erbringen. Sein Hinweis auf NSV-Mitgliedschaft wurde hohnlachend abgewiesen. Da trat Eugen Gerstenmaier in die Reiter-SA ein, eine Tatsache, die weder im amerikanischen „Document Center" noch in amtlichen deutschen Unterlagen zu finden ist.

Antifaschist Gerstenmaier vorm Volksgerichtshof (1944)

1937 habilitierte er sich an der theologischen Fakultät der Universität Berlin für „systematische Theologie", aber nach drei oder vier Vorlesungen mußte er auf Anordnung der Reichsleitung der NSDAP seine Arbeit wieder einstellen, weil er „infame Kritik an der Ahnengalerie des Nationalsozialismus" (Gerstenmaier) geübt habe. Eugen Gerstenmaier stoppte darauf seine SA-Beitragszahlungen.

In dieser Situation trat Gerstenmaier als Mitarbeiter des Bischofs Theodor Heckel in das Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche als Referent für ökumenische Beziehungen ein. Er nahm Kontakt auf mit den Kirchen der USA, Englands und Skandinaviens.

Einen Stahlhelm hat Eugen Gerstenmaier nie auf seinem Schwabenschädel gehabt. Er wurde während des Krieges von der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts dienstverpflichtet. 1940 schickte man ihn auf den Balkan. Er sollte als Religionsexperte die orthodoxen Kirchen in Rumänien und Bulgarien antibolschewistisch aufmöbeln.

Schon während dieser Auslandsfahrten im Kriege sah Gerstenmaier es nicht ungern, wenn er für einen Referenten des Außenamtes statt für einen Außenamts-Referenten der Evangelischen Kirche gehalten wurde. Doch am 24. November 1941 wurden ihm alle Auslandsreisen verboten.

Genau ein Jahr später erscheint Gerstenmaier in einem Schriftstück Kaltenbrunners als „politisch unzuverlässig". Wieder ein Jahr später wird er zum Konsistorialrat ernannt.

Und noch ein Jahr später, am 20. Juli 1944, erlebte er in Berlin in der Bendlerstraße die Ankunft des Hitler-Attentäters Stauffenberg mit, das Anlaufen der Aktion „Walküre" und wenige Stunden später das Scheitern der Verschwörung. Eugen Gerstenmaier hatte zu dem Widerstandszirkel des Grafen Moltke, dem „Kreisauer Kreis", gehört.

„In einem umgestülpten Stahlhelm lagen wirr durcheinander die Eisernen Kreuze, die Ritterkreuze und die Deutschen Kreuze in Gold, die von Skorzeny und seiner SS den aufständischen Offizieren abgenommen worden waren ... Wie ein Kriminalbeamter klopfte der Mussolini-Befreier den Offizieren die Taschen ab." Bei Eugen Gerstenmaier fand man in der einen Tasche eine Heilige Schrift, in der anderen eine Mauser-Pistole. Er wurde zur Gestapo in die Prinz-Albrecht-Straße geschafft.

Die Vernehmungen im Keller-Kerker fand in der Zelle bei offenen Türen statt. Gerstenmaier brüllte seine Antworten so laut, daß seine Mithäftlinge es hören mußten und die von ihm erfundene Version seiner Rolle später auch tatsächlich wortgetreu bestätigten.

Im Dezember 1953 sagte Gerstenmaier im Prozeß gegen den ehemaligen SS-Sturm-

* Weitere Veröffentlichungen: „Die Kirche und die Schöpfung", 1938, und „Hilfe für Deutschland", 1946.

Tiefdruck FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE GRUNER-SOHN
GRUNER-SOHN FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE Tiefdruck
FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE GRUNER+SOHN ANSPRÜCHE
Tiefdruck FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE FÜR HÖCHSTE GRUNER+SOHN

bannführer im Reichssicherheitshauptamt, Dr. Karl Neuhaus, vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes Siegen aus, er sei auf Befehl des Angeklagten in den Keller geführt, über einen Tisch gezerrt und mit einem Stock geschlagen worden, während ein Beamter mit gezogener Pistole dabeistand. Später habe Neuhaus einen Befehl diktiert, Frau und Kind Gerstenmaiers in Sippenhaft zu nehmen.

Der robuste, rustikale Oberkonsistorialrat war neun Jahre nach der Mißhandlung noch nicht bereit zu vergessen. Erst als SS-Neuhaus ins Zuchthaus eingeliefert wurde, schrieb Gerstenmaier ein Gnadengesuch an den Justizminister von Nordrhein-Westfalen.

Eugen Gerstenmaier war nach dem 20. Juli 1944 mit sieben Jahren Zuchthaus bestraft worden. Über das, was dann geschah, berichtet er selbst: „Im Mai 1945 entdeckte mich auf dem Zuchthaushof in Bayreuth ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes aus Genf, der mich zu den Toten gerechnet hatte."

In einem amerikanischen Lkw ging es heim nach Stuttgart. Ganze vier Stunden hielt sich Eugen Gerstenmaier bei seiner Familie auf, die er ein Jahr nicht gesehen hatte.

Eigentlich hatte Gerstenmaier sich vorgenommen, nach dem Krieg eine Professur zu erlangen. Aber nun war er einer der wenigen Deutschen, die keinen Persilschein brauchten, keine Entnazifizierung zu fürchten und eine relativ große Bewegungsfreiheit hatten. Andere Möglichkeiten und Notwendigkeiten eröffneten sich ihm.

Schon im Krieg hatte er begeistert den Ideen seines Freundes Hans Schönfeld zugestimmt, der damals in Genf deutscher Direktor in dem Forschungsrat des Weltkirchenrats war und nach dem Krieg eine große Hilfsaktion starten wollte. In einem amerikanischen Armeefahrzeug ratterte Eugen Gerstenmaier drei Monate durch Deutschland. Er hockte vorn auf der Rationskiste, unentwegt neue Pläne schmiedend, während hinten die Pastoren Freudenberg und Schönfeld durchgeschüttelt wurden.

Da die Konfessionen im zerstörten Deutschland die einzigen Institutionen waren, deren Organisation noch intakt war und bis in die kleinsten Gemeinden reichte, hatte Eugen Gerstenmaier zunächst an parallele katholische und protestantische Hilfsaktionen gedacht, die unter einer gemeinsamen Spitze arbeiten sollten.

Aber schon der erste Besuch in Köln beim Kardinal Frings zerschlug so weit gesteckte Hoffnungen. Er, so sagte der Kardinal gemessen, könne nichts entscheiden. Erst müsse die Bischofskonferenz von Fulda zusammentreten. Außerdem habe die katholische Kirche ja schon ihre Caritas Das war eine verschnörkelte Absage an das „Hilfswerk der Deutschen Nation", wie Gerstenmaier das Werk zur Unterscheidung vom „Winterhilfswerk des deutschen Volkes" taufen wollte.

Aber der „rotierende Christ" Gerstenmaier gab nicht auf. Im amerikanisch beschlagnahmten Parkhotel in Stuttgart präsidierte er einer ersten Konferenz aller seiner Freunde, die er mit seinem Enthusiasmus angesteckt hatte. Auf dem Sozius eines Motorrads knatterte der apfelbäckige greise Bischof Wurm durch die Straßen der Stadt heran, mit einer Hand den Soziusgriff festhaltend, mit der anderen seine geistliche Kopfbedeckung.

Zu einer Zeit, da noch kein deutscher Politiker ins Ausland reisen durfte, im Juli 1945, entwickelte Gerstenmaier dann vor dem Weltkirchenrat in Genf zum erstenmal öffentlich seinen Plan, das deutsche Volk nicht mit Almosen oder wohltätigen und karitativen Spenden zu bedenken, sondern durch eine Koppelung von

Gerstenmaier-Gegner **Maier**
„Paule, du rasest"

Auslandshilfe und Selbsthilfe ein ganz neues Hilfsprogramm von größter Leistungsfähigkeit aufzubauen.

Nur einen Monat später, im August 1945, wurde Gerstenmaier auf einer ersten Konferenz der evangelischen Kirchenführer nach dem Kriege in dem Schwälmer Städtchen Treysa zum Leiter des „Hilfswerkes der Evangelischen Kirche in Deutschland" bestellt.

Er hatte erkannt, daß es nicht darauf ankam, Textil- oder Lebensmittelspenden unter den Leuten zu verteilen, sondern möglichst Rohstoffe zu importieren. Denn das hatte gleich einen doppelten Effekt. Einmal saßen die Menschen nicht mehr tatenlos vor ihrer Not, sondern fanden wieder Arbeit. Zum anderen konnten für das gleiche Geld viel mehr Rohstoffe als Fertigwaren eingeführt werden.

Besonders die amerikanischen Kirchen sammelten Beträge, die in die Millionen gingen. Schon im März 1948 waren durch die Hände der Hilfswerk-Angestellten Werte in Höhe von 10 000 000 Mark geflossen. Kleinindustrie und Möbelfabriken wuchsen mit Hilfswerk-Hilfe aus dem Boden. Ein zertrümmertes Munitionslager der Wehrmacht verwandelte das Hilfswerk in die Flüchtlingsstadt Espelkamp mit 3000 Einwohnern.

Der Manager christlicher Nächstenliebe war in seinem Element. Er besuchte Staatsmänner im Ausland*, beteiligte sich an Zeitungen und machte erste vorsichtige Gehversuche in der Politik.

Auf dem ersten Kirchentag in Eisenach, im Juli 1948, erklärte er nach dem Essen auf der Wartburg mit hohen Kirchenfürsten und dem thüringischen Sowjet-Kommandanten Kolesnitschenko, er, Gerstenmaier, sei von dem Willen sowjetischer Kommandostellen tief beeindruckt, alles zu tun, um mit den Deutschen in Freundschaft und Frieden zu leben. Eine solche Rede, wie sie Kolesnitschenko gehalten habe, sei noch von keinem der Befehlshaber gehalten worden. Der Russe hatte gesagt, er wisse, daß die Kirche in allen tragischen Augenblicken der Geschichte auf seiten des Volkes war.

Schon bald nach dem Zusammenbruch hatte Eugen Gerstenmaier die Spitzenposten seines Evangelischen Hilfswerkes mit ehemaligen Diplomaten aus der Wilhelmstraße besetzt, von denen die meisten inzwischen wieder im Bonner Außenamt Dienst tun oder taten. Es waren:

- Dr. Georg Federer,
- Gottfried von Nostitz,
- Wolfgang Freiherr von Welck,
- Wilhelm Melchers,
- Fritz von Twardowski,
- Ernst Hepp.

Zu Eugen Gerstenmaiers Vorliebe für Diplomaten trat außerdem eine ganz leichte entsprechende Schwäche für den Adel, wie er unter den Bürgerlichen der neuen Bonner Gesellschaft bis hinauf zum Bundeskanzler nicht eben selten ist. (Seine rotblonde Frau, zärtlich „Spinne" genannt, ist ohnehin eine geborene von Schmidt, estnischer Beamtenadel aus der Zarenzeit, und das jüngste seiner drei Kinder hat er nach seinem hingerichteten Freund Graf Peter Yorck von Wartenburg „Yorck" genannt.)

Diese Schwäche für den Adel, wie sie schon aus der Liste seiner Hilfswerk-Mitarbeiter hervorgeht, führte den Antifaschisten Gerstenmaier nach und nach in einen seltsamen Zwiespalt:

- Er beschäftigte bei seinem Hilfswerk ehemalige NS-Diplomaten.
- Er arbeitete in Schweden mit der Gräfin Hamilton zusammen, der Leiterin eines Hilfswerks für deutsche Kinder, der er zum Bundesverdienstkreuz verhalf und

* Vor seiner ersten Reise nach Amerika fragte Gerstenmaier den US-Diplomaten Murphy, wie er sich in den USA zu verhalten habe. Murphy schlug ihm sofort vor, alle ausgedienten Politiker zu meiden — „zum Beispiel Herbert Hoover".

Überlastet? Dann Herz und Nerven schonen,
KAFFEE HAG trinken

die gleichzeitig [illegible] „Bruderschafts"-Chef Beck-Broichsitter Briefe wechselte und „bedürftige Mitglieder" der ultranationalen „Bruderschaft" betreute.

Gerstenmaier gründete eine Wochenzeitung „Christ und Welt"*, der Amerikas Militärgouverneur General Lucius D. Clay im Februar 1949 „gefährliche Tendenzen" vorwarf, nachdem vorher schon die Redakteure der Zeitschrift von amerikanischen Dienststellen verwarnt worden waren.

Am 19. Juli 1949 gab Radio Stuttgart bekannt, bei den Wahlen zum ersten Bundestag werde Eugen Gerstenmaier im schwäbischen Wahlkreis Backnang für die CDU kandidieren. Mit dieser Durchsage wurden nicht nur die CDU-Kreisdelegierten von Backnang überrascht, die sich gerade vorbereiteten, auf einer Konferenz über einen ganz anderen Kandidaten zu beraten, sondern auch viele Freunde des angehenden Politikers.

Eugen Gerstenmaier selbst saß zu dieser Zeit 2000 Kilometer von Backnang entfernt beim Fischen am Angerman-Elf in Nordschweden und wußte von nichts. Erst telegraphisch und später telephonisch war er von der Landesleitung der CDU gefragt worden, welchen von fünf zur Verfügung stehenden Wahlkreisen er übernehmen wolle. Treuherzig antwortete er: „Den mit den meisten Chancen." Das veranlaßte einen seiner Freunde, Paul Collmer, kürzlich in einer Tischrede zu bemerken, in einem unterscheide sich Eugen Gerstenmaier ganz sicher von Adolf Hitler: Er habe nie beschlossen, Politiker zu werden, sondern er sei dazu gemacht worden. Immerhin war Gerstenmaiers Debüt mit Hilfe der Landesleitung und Radio Stuttgarts vielversprechend.

Durch die Zeitumstände war Gerstenmaier zum Generaldirektor eines wirtschaftlichen Millionen-Konzerns geworden. Über Nacht kam aber der große Rückschlag. Das Hilfswerk war in den Schatten der unheiligen Dreieinigkeit von Kirche, Politik und Schiebung geraten.

Es begann im kalten Februar 1951 beim elften Viertele Rotwein in einem Schnaiter Gasthof im Remstal. Dort spottete „Württembergs geliebter Herr", Reinhold Maier, in einer Rede: „Der Eisenhower hat dem Adenauer das Spielzeug der Remilitarisierung aus der Hand geschlagen ..."

Wacker stellte sich Eugen Gerstenmaier vor seinen Kanzler und rief dem Ministerpräsidenten Maier zu, seine Auslassungen disqualifizierten ihn, sein hohes Amt zu bekleiden. Und Mitte Februar brachte die CDU im Stuttgarter Landtag auf Anregung Gerstenmaiers eine Große Anfrage ein, ob sich die Staatsregierung hinter Maiers Anti-Aufrüstungsrede stelle.

Mit hoher Fistelstimme und verschmitztem Lächeln antwortete Ministerpräsident Reinhold Maier, er wolle die Antwort erst nach Ablauf einer Bedenkzeit erteilen, die er Gerstenmaier einräume, damit er sich klar darüber werden könne, „ob er den von ihm gegen sich selbst angestoßenen Stein so ins Rollen bringen will, daß er ihn nicht mehr aufhalten kann".

Kaum waren die mysteriösen Andeutungen gesprochen, da krähte der SPD-Fraktionsvorsitzende im württemberg-badischen Landtag seinen entscheidenden Zwischenruf: „Meinen Sie die Zoll- und Devisenschiebungen?"

* „Christ und Welt" wurde mit 30 000 Mark vom Hilfswerk gegründet und später für 50 000 Mark vom Hilfswerk verkauft. Eine Hälfte übernahm der Stuttgarter Verleger Holtzbrinck. Die andere Hälfte wurde in fünf gleiche Teile aufgeteilt, von denen einen Eugen Gerstenmaier heute noch besitzt.

Genau die meinte Reinhold Maier, ohne es selbst ausgesprochen zu haben. Schon im Herbst 1949 war er vom US-Landeskommissar für Württemberg-Baden, General Gross, über solche Vergehen des Hilfswerkes „privat, jedoch zuverlässig" unterrichtet worden. Aber er sparte sich sein gefährliches Wissen auf, bis er die Waffe brauchen konnte. Nun war es so weit.

Anstatt sich als Ministerpräsident mit dem Bundestagsabgeordneten Eugen Gerstenmaier politisch auseinanderzusetzen, bestellte er sich — verschlagen, wie er zuweilen sein kann — jetzt als Landesjustizminister, der er auch war, seinen Generalstaatsanwalt zu sich und beauftragte ihn am 23. Februar 1951, Ermittlungen über angebliche Zoll- und Devisenvergehen des Hilfswerkes anzustellen.

Persönliche Angriffe Gerstenmaiers und Maiers in Memoranden und Pressekonferenzen waren die Folge. Maier rief dem Oberkonsistorialrat das Wort der Heiligen Schrift zu: „Paule, du rasest." Gerstenmaier antwortete mit einem Studentenlied:

„Oh, Quintilie, armer Feldherr,
glaubtest du, daß so die Welt wär' ..."

Das Hilfswerk hatte Tausende Kilo Kunstseide und Zellulose, die vor der Währungsreform als zollfreie Liebesgaben eingeführt worden waren, zu horrenden Preisen an die Stuttgarter Textilfirma Breuninger und andere Werke verkauft. Der Finanzminister des Hilfswerkes, Wolf von Gersdorff, hatte sich überdies in Geschäfte mit einem Millionen-Schmuggler namens Dietz und einem an diesem Geschäft beteiligten alliierten Leutnant Izacard eingelassen.

Unter vier Augen besprach Eugen Gerstenmaier die Affäre mit Bundesfinanzminister Fritz Schäffer. Seinen amerikanischen Freunden bei der Hohen Kommission machte er klar, daß Gersdorffs Aktionen tatsächlich dadurch moralisch gerechtfertigt seien, daß alle Gewinne der notleidenden Bevölkerung zukamen.

Der Erfolg so vielseitiger Bemühungen blieb nicht aus. Am 8. März teilte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft mit, daß bei Eugen Gerstenmaier kein Verdacht strafbarer Handlungen gegeben sei. Und am 18. April erklärte das Stuttgarter Staatsministerium, daß der nach Chile ausgewanderte Mitarbeiter des Evangelischen Hilfswerkes,

Wolf von Gersdorff, wegen „Ordnungswidrigkeiten gegen das Gesetz Nr. 53 der Alliierten Hohen Kommission (Devisenbestimmungen)" zu einer Geldbuße von 100 000 Mark vom Oberfinanzpräsidium in Stuttgart verurteilt worden sei.

Ein schwäbischer Pietist, der Prälat Hertenstein, weltfremd und nur dem Reich Gottes zugetan, sprach von „den schmutzigen Händen", die die Kirche durch das Hilfswerk bekommen hätte. Und die Dritte Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands entschied noch im gleichen Monat April, daß das Hilfswerk zwar weiterleben, aber der Kirchenbürokratie unterworfen sein sollte.

In dieser Konstruktion war kein Platz mehr für den eigenwilligen und selbstbewußten Oberkonsistorialrat aus Schwaben. Im Oktober 1951 trat er als Leiter des Hilfswerkes zurück. Von Bonn aus hatte sich ihm seit seiner Wahl in den Bundestag ohnehin schon ein neues Betätigungsfeld eröffnet.

Er war Mitglied der Beratenden Versammlung des Europa-Rates und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Er schüttelte Harry S. Truman, Dwight D. Eisenhower und Winston Churchill die Hand. Im Auftrag des Bundestages flog er 1950 zur Kriegsgefangenen-Debatte der Uno als Beobachter nach New York, zusammen mit Herbert Wehner von der SPD.

In den Staaten kam dem Eugen Gerstenmaier dann die Ausgabe der Münchner Illustrierten „Revue" vom 21. Oktober 1950 in die Hand. Auf dem Titelbild: Eugen Gerstenmaier und Tochter.

Unterschrift: „Ein deutscher Churchill? Die westlichen Außenminister haben beschlossen, der Bundesrepublik ‚eine eigene deutsche Außenpolitik' zu gestatten. Damit ist die Frage akut: Wer wird deutscher Außenminister? Zu den Anwärtern gehört der Bundestagsabgeordnete Dr. Eugen Gerstenmaier (das Bild zeigt ihn mit seinem Töchterchen), von dem seine Freunde behaupten, er habe das Zeug zu einem ‚deutschen Churchill'. Doch auch hinter ihm steht, wie bei allen anderen, der Schatten Adenauers, der sich den Oberkommissaren selbst als Außenminister vorschlug."

Als Eugen Gerstenmaier die Illustrierte gesehen hatte, hielt es ihn in den USA nicht mehr. Der „deutsche Churchill" eilte nach Bonn zurück, um zur Stelle zu sein, falls er gerufen werden sollte. Er wurde nicht gerufen. Nach einiger Zeit traf Gerstenmaier wieder in New York bei der Uno ein.

Wie von ungefähr erklärte er am 22. Oktober 1952 in der Bundestagsdebatte über die Personalpolitik des Bonner Außenamtes: „. . . Es folgt daraus wieder eine Banalität, meine Damen und Herren, die wir aber in dieser Debatte eben wieder einmal aussprechen müssen: Es gab und gibt auch außerhalb der Karriere-Diplomatie Leute, die sich für die Diplomatie und den auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland, wie wir meinen, bestens eignen." Wen er damit meinte, war nicht allzu schwer zu erraten.

Anfangs hatte Gerstenmaier im Bundestag zuweilen noch oppositionellen Beifall, wenn er emphatisch für den Israel-Vertrag plädierte oder der SPD mit deutlichem Hinweis auf die Rechte zurief: „Sie wissen, wo der Feind steht." Aber diese Gunstbeweise der Linken wurden eingestellt, als der Abgeordnete aus Backnang im Streit um die Westverträge immer vorbehaltloser im Gefolge des Kanzlers segelte.

„Revue"-Titel Gerstenmaier

Über die Möglichkeiten von Verhandlungen mit den Sowjets formulierte er 1952 folgerichtig diese Meinung: „Die Sowjets haben kein Recht, auf weitere Ansprüche. Sie haben die Ostzone bis zum letzten ausgesaugt und darüber hinaus wichtiges deutsches Agrar- und Industrieland jenseits der Oder-Neiße-Linie widerrechtlich dem deutschen Volk entrissen. Trotzdem darf man nicht aufhören, den Versuch einer Verständigung mit den Russen zu machen."

Dennoch war er rückhaltlos für die EVG. Immer wieder predigte er: „. . . Die Militärallianz alten Stils spielt hierbei (bei der EVG) überhaupt keine Rolle (10. Juli 1952) . . . Der Gedanke einer deutschen Nationalarmee ist nicht vollziehbar . . . Zur Schaffung einer deutschen Nationalarmee fehlen Deutschland so gut wie alle materiellen Voraussetzungen (9. Juli 1953) . . . Wir Deutschen haben jedenfalls dem Gedanken grundsätzlich und praktisch abgesagt, daß wir noch einmal national selig und in der Welt etwas werden können mit der Wiederholung etwa der langweilig und stumpfsinnig gewordenen Militärallianzen (29. Oktober 1953) . . . Deutschland kann mit einer Nationalarmee alten Stils überhaupt nicht mehr verteidigungsfähig werden (26. Februar 1954) . . ."

Da scheiterte die EVG über Nacht. Vergebens hatte Gerstenmaier in Straßburg in einer Brandrede gegen den Nationalstaat ausgerufen: „Résistez! Résistez! Résistez!" Der Nationalismus war stärker. Zu spät bekannte Eugen Gerstenmaier im deutschen Parlament: „Ich sage, daß die Gefahr der Wiederkehr eines ungeläuterten deutschen Nationalismus in diesem Volk leider offenbar noch immer nicht ganz überwunden ist."

Sein eigener großer Kanzler handelte in London und Paris in wenigen Tagen das aus, was sein Knappe wie die Pest verabscheut und seit Jahren totgesagt hat: die Militärallianz alten Stils und eine deutsche Nationalarmee. „Ich finde nicht, daß die Londoner Ersatzlösung besser ist als das EVG-Orginal", gesteht er gequält. Aber dennoch leistete er dem Kanzler auch auf dem Marsch zur Nationalarmee treue Knappendienste.

Am 29. April 1954 glaubte Gerstenmaier sich vor dem Bundestag gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen, er sei in der Politik gegenüber dem Westen zu nachgiebig und nicht hart genug in der Verteidigung deutscher Nationalinteressen. Gerstenmaier sagte:

„. . . Wer in der Situation, in der sich Deutschland befindet, mit dem unbewältigten Erbe eines zweiten Weltkrieges, nicht den Mut zum Kompromiß mit seinen Nachbarn hat, der kann mir leid tun!

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

„Wir sind darauf gefaßt, jeder Verdächtigung die Stirne zu bieten, und man wird uns verdächtigen, man wird uns Feiglinge heißen, man wird uns ‚vaterlandslose Gesellen' beschimpfen.

(Lachen und Zurufe bei der SPD.)

„Na, sehen Sie, auf das ziehen Sie! Das ist bekannt! Die Parole kennen Sie! Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nachfühlen, daß Sie sich nicht noch einmal nachsagen lassen wollen, vaterlandslose Gesellen zu sein.

„Wo es sich aber um Deutschland, um die Freiheit seiner Menschen und um seine Zukunft in der Gemeinschaft der europäischen Völker handelt, da werden wir jedenfalls auch den Mut haben, uns solchen Vorwürfen und Verdächtigungen zu stellen und mit Mannesmut unseren Weg geradeaus zu gehen."

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. — Lachen und Zurufe bei der SPD.)

Scharlachberg Meisterbrand
EIN WEINBRAND, DER HÄLT, WAS SEIN NAME VERSPRICHT

Dieser Weg hat Eugen Gerstenmaier nun nicht auf dem außenpolitischen Gleis nach vorn gebracht, sondern der Kanzler stellte die Weiche und ließ den ehrgeizigen Schwaben seitwärts auf den Stuhl des Bundestagspräsidenten rollen. Der Traum vom Außenpolitiker ist einstweilen aus.

Drei Wochen will sich Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier noch Zeit nehmen, die Geschäftsordnung in allen Einzelheiten zu studieren, ehe er selbst fest die Zügel in die Hand nimmt.

In der Präsidentenvilla in Bad Godesberg, Dollendorfer Straße 4, packt unterdessen die Witwe des verstorbenen Oberkirchenrates Hermann Ehlers die Koffer. Und in der Stuttgarter Wohnung Gerstenmaiers entwerfen Hausfrau und Schneiderin das Wichtigste für die neue Staatsgarderobe.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHÜSSE

Der rote Kreis

Wir weisen mit allem Ernst darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen Partei und Regierung in Hildesheim die schlechteste ist ... und daß die Mißstimmung darüber einen Grad erreicht hat, der nicht mehr zu verantworten ist." Dieser Satz steht in einem tadelnden Brief, der von einer Parteidienststelle an den Regierungspräsidenten von Hildesheim gerichtet wurde. Der Brief stammt nicht etwa aus dem Jahre 1938, sondern trägt das Datum: „27. Juli 1951".

Absender ist der Vorsitzende des Unterbezirks Hildesheim der SPD, Heinrich Wilhelm Ruhnke, und Empfänger der Regierungspräsident von Hildesheim, Wilhelm Backhaus. Ein knappes halbes Jahr, nachdem dieser Brief geschrieben worden war, wurde der Regierungspräsident und SPD-Genosse Backhaus telephonisch in das Parteihaus der SPD in der hannoverschen Odeonstraße bestellt. Hier erwarteten ihn Ministerpräsident Kopf, Innenminister Borowski und der SPD-Bezirksvorsitzende Egon Franke.

Backhaus: „Ich glaube, Minister Borowski hat damals in sehr schroffer Form erklärt, ich hätte sowohl über ihn als auch über den Ministerpräsidenten abfällige Bemerkungen gemacht." Der SPD-Bezirksvorsitzende Franke blätterte bei der Unterhaltung in einer Akte. Backhaus: „Ich habe vermutet und das damals auch fest angenommen, daß es sich um meine Personalakte (aus dem Innenministerium) handelte. Soweit ich mich erinnere, ist die Akte fortlaufend numeriert gewesen. Etwa zu fragen, was ist das für eine Akte, stand mir nicht zu."

Franke: „Nein, nein, es war lediglich ein loser Deckel, in dem ich Briefe und Notizen persönlicher Art hatte." Immerhin, Backhaus. der sich so heftige Vorwürfe seiner Genossen zugezogen hatte, ist heute nicht mehr Mitglied der SPD und natürlich auch nicht mehr Regierungspräsident.

Der Brief von SPD-Ruhnke an Backhaus soll diese Woche im Niedersächsischen Landtag zur Sprache kommen. Er ist einer der Knallfrösche, die von Abgeordneten der Landtags-Opposition (CDU, DP, FDP) sorgsam bereitgelegt wurden.

Diese Woche soll der Landtag nämlich den Abschlußbericht seines Beyer-Ausschusses entgegennehmen, jenes parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der am 24. März 1953 auf Antrag von DP, CDU und FDP den Auftrag bekam, festzustellen,

- ob und in welchem Umfang die in dem Brief des Bundesrichters Dr. Helmut Beyer an den Ministerpräsidenten vom Januar 1953 aufgestellten Behauptungen zutreffen, daß in der Personalpolitik des Landes Niedersachsen ... Machtgruppen und Organisationen außerhalb von Regierung und Verwaltung bestimmend sind".

Der Ausschuß sollte weiter prüfen, ob Bundesrichter Beyers briefliche Vorwürfe zuträfen, daß Vorstrafen und Unwahrhaftigkeiten kein Hindernis für eine niedersächsische Nachkriegs-Beamtenkarriere sind.

Dr. Helmut Beyer, 47, 1933 bis 1945 Rechtsanwalt am Berliner Kammergericht, war von 1946 bis 1952 Leiter der Personalabteilung in der niedersächsischen Staatskanzlei. Durch Umorganisationen wurde sein Aufgabengebiet immer kleiner, im Januar 1953 ging er als Bundesrichter nach Karlsruhe und schrieb an Ministerpräsident Kopf einen 15-Seiten-Brief, in dem er, der Verwaltungsaußenseiter, sich darüber beklagte, seit dem Ausscheiden der CDU aus der niedersächsischen Landesregierung im Jahre 1950 würden beamtenrechtliche Anstellungs- und Beförderungsbedingungen zu Lasten der Berufsbeamten immer mehr durchlöchert (SPIEGEL 28/1953). Der Landtag beschloß, diese Vorwürfe durch einen Ausschuß klären zu lassen.

In den achtzehn Monaten seiner Tätigkeit hat der Beyer-Ausschuß 187 Personalakten vorliegen gehabt, 36 Zeugen vernommen, darunter den Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf, seine Minister, Staatssekretäre, Ministerialdirigenten und andere Beamte bis hinunter zum Inspektor, und auch den Bundesrichter Beyer.

Bei seiner Vernehmung am 12. Juni 1953 hatte Beyer zum Beweis seiner Behauptung, daß „in der Personalpolitik des Landes Niedersachsen ... Machtgruppen und Organisationen außerhalb von Regierung und Verwaltung bestimmend sind", einen Brief des SPD-Parteivorstands an den Ministerpräsidenten Kopf vom 6. Oktober 1950 vorgelegt:

Lieber Genosse Kopf! ... Soweit mir bekannt ist, ist beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg als einziger SPD-Mann bisher der Genosse von Turegg tätig. Als einzelner hat er politisch eine zu schwache Position, so daß wir als Partei keinerlei Einfluß auf die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts haben. Solange wir aber noch einigen Einfluß in den maßgeblichen Stellen besitzen, muß m. E. alles